

1. Forschungen

Jürgen Jenko

Die Bergarbeiterschaft und der Aufstieg des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet bis 1919

Der revolutionäre bzw. Anarcho-Syndikalismus gilt in der historischen Forschung noch weitgehend als vormoderne Strömung der Arbeiterbewegung, als ein bloßer Vorläufer der als normal angesehenen „zentralistischen und tendenziell industrieverbandlichen Massengewerkschaften“. Dabei handelt es sich um den „Beharrungsversuch einer anderen Gewerkschaftskonzeption“, deren Kern „das Insistieren auf selbstbestimmter Handlungsfähigkeit und direkt-demokratischer Entscheidungsfindung im überschaubaren lokalen Zusammenhang war.“¹ Die in autonomen Industrieföderationen und Arbeitsbörsen zusammengeschlossenen Gewerkschaften sollten nicht nur um materielle Verbesserungen kämpfen, sondern auch den Klassenkampf gegen das kapitalistische System führen, um schließlich als Träger der antizipierten sozialen und wirtschaftlichen Ordnung das gesellschaftliche Eigentum zu verwalten.

Als primäres Mittel diente die direkte Aktion „unter Ausschluss aller Vertreter und Mittelpersonen“ als unmittelbarer Widerstand des Proletariats gegen seine ökonomische und politische Unterdrückung. Sie umfasste laut der auf dem 14. Kongress der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) – der organisatorischen Trägerin des deutschen Syndikalismus – im November 1922 vorgenommenen Definition u.a. den Teil- oder Kleinstreik, die passive Resistenz, die Sabotage, den Boykott und den Generalstreik.² Dagegen wurde die Eroberung der Macht im Staat als der Verkörperung des Zentralismus par excellence und ein der menschlichen Soziabilität aufoktroiertes Konstrukt durch Mitarbeit in politischen Parteien und parlamentarischen Vertretungskörperschaften auch während eines nach marxistischer Ansicht notwendigen Übergangsstadiums zum Sozialismus abgelehnt.³

- 1 Bert Altena: Zur Analyse des revolutionären Syndikalismus, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 22 (1999), S. 5–35, hier S. 5; Hans Manfred Bock: Anarcho-syndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: IWK, 25 (1989), S. 293–358, hier S. 297, 299; Dieter Nelles: Syndikalismus und Unionismus – Neuere Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: IWK 31 (1995), S. 348–356, hier S. 348.
- 2 Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalistin/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986, S. 33; Erhard Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1976, S. 163; Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1994, S. 133f.
- 3 Klan/Nelles, S. 29 f.; Rübner: Freiheit, S. 145.

Dementsprechend stammt, wenn von der Neuauflage der 1969 erschienenen Pionierarbeit von Hans Manfred Bock⁴ und Monographien wie derjenigen Hartmut Rübners abgesehen wird, die Mehrzahl der Werke über die syndikalistische Bewegung in Deutschland aus den 1970er und 1980er Jahren. Diese sind „vorwiegend vom Erkenntnisinteresse der antiautoritären Studentenbewegung beeinflusst“, was „nicht eben zu deren Rezeption in der wortführenden akademischen Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik (...) beigetragen“ habe.⁵

Zwar haben in den letzten Jahren erschienene lokal- und regionalhistorische Studien über einzelne Ortsgruppen der FAUD⁶ weiteres Licht auf die Ursprünge und Entwicklung des deutschen Syndikalismus geworfen und zusätzliche Einsichten bezüglich dessen ideologischer Basis, Organisationssoziologie und sozialer Struktur erbracht. Die Aufarbeitung des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet als dessen wichtigstem Mitgliederrekrutierungsfeld in der „revolutionären“ Nachkriegsphase zwischen dem „symbolic collapse“⁷ in Gestalt des Ersten Weltkriegs und der Stabilisierung der Weimarer Republik 1923/24 stellt allerdings weiterhin ein Desiderat der Geschichtsforschung dar, dem erst in Ansätzen begegnet wurde⁸ und das in besonderer Weise zusätzliche Aufschlüsse über „Motive, Anlässe und Verlauf der Rekrutierungserfolge“⁹ erwarten lässt.

In dieser Zeit konnten soziale Protestbewegungen im Zuge der Ausdifferenzierung traditioneller Milieus nicht mehr gebunden werden¹⁰ und damit als nicht institutionalisierte Alternative zu den etablierten, durch ihre Zustimmung zur Kriegspolitik des kaiserlichen

4 Hans Manfred Bock: *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*, Darmstadt 1993.

5 Ebd., S. 480.

6 Peter Kuckuk: *Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit* 14 (1996), S. 15–66; Hartmut Rübner: *Linksradikale Gewerkschaftsalternativen. Anarchosyndikalismus in Norddeutschland von den Anfängen bis zur Illegalisierung nach 1933*, in: ebd., S. 67–108; Klaus-Michael Mallmann: *Syndikalismus in der Provinz. Zur Geschichte der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) 1919–1935*, in: Wolfgang Haubrichs u.a. (Hg.): *Zwischen Saar und Mosel. Festschrift für Hans-Walter Herrmann, Saarbrücken 1995*, S. 381–388; Klaus Weberskirch: *Anarcho-Syndikalisten an der Wurm. Ein fast vergessenes Kapitel der Geschichte des Aachener Raumes nach dem Ersten Weltkrieg*, Aachen 1999.

7 Vgl. Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hg.): *Capital Cities at War. Paris/London/Berlin 1914–1919*, Cambridge 1997.

8 Karl-Friedrich Gesau: *Syndikalismus in der Ruhrbergarbeiterschaft zu Beginn der Weimarer Republik 1918–1925*, Münster 1983; Lucas: *Radikalismus*; Andreas Müller: *Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik*, in: *AGWA* 8 (1987), S. 121–154; Gerold Olsen: *Von einer unauffälligen Ruhrgebietsstadt zu einem syndikalistischen Zentrum. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Syndikalismus in Mülheim an der Ruhr*, in: *Duisburger Forschungen* 33 (1985), S. 241–248.

9 Bock: *Syndikalismus*, S. 482.

10 Vgl. Dieter Langewiesche: *Politik, Gesellschaft, Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kultureller Arbeiterorganisation in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 22 (1982), S. 359–402; Peter Lösche/Franz Walter: *Das sozialdemokratische Arbeitermilieu*, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990, S. 161–187.

Regimes und ihre wirtschaftsfriedliche Vorgehensweise im Rahmen des „Burgfriedens“ als kompromittiert geltenden Organisationen der SPD und der Freien Gewerkschaften auftreten. Infolgedessen gelang es in Rheinland-Westfalen der syndikalistischen Bewegung, neben der die Mitgliedschaft bisher dominierenden Gruppe der relativ hochqualifizierten „Handwerker-Arbeiter“¹¹ temporär auch das antibürokratische Protestpotential oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder mit Organisationserfahrung sowie „organisatorisch fluktuierender und tendenziell dequalifizierter Massenarbeiter“ der Wirtschaftszweige Bergbau, eisen- und stahlerzeugender sowie metallverarbeitender Industrie einzubinden. Damit avancierte sie ab 1918/19 zur Massenorganisation, die auf soziale Konflikte einen substanziellen Einfluss ausüben konnte.¹²

Die organisatorischen Ursprünge der syndikalistischen Bewegung

Die ersten deutschen Gewerkschaften, die in den 1860er und 1870er Jahren gegründet wurden, waren üblicherweise „handwerklich-zünftlerisch“ geprägte Organisationen mit lokaler Autonomie und „ohne durchstrukturierte Führungsinstanzen“. Sie wiesen bereits einige syndikalistische Charakteristika auf, die „als Ausgangspunkt der lokalistischen Opposition der neunziger Jahre anzusehen sind“.¹³ Deren sich als Avantgarde der Sozialdemokratie verstehenden Protagonisten hielten den nur wirtschaftlichen Kampf zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft für nicht ausreichend. Gemäß ihrem Selbstverständnis als Mitglieder revolutionärer Kampfverbände beanspruchten sie auch ein uneingeschränktes politisches Mandat, was nur bei Umgehung des Vereinsgesetzes durch das Festhalten an der örtlichen bzw. betrieblichen Organisationsform möglich war. Die antizentralistische Zielsetzung entstammte also nicht „einer Theorierezeption föderalistischer Prinzipien“.

Entsprechend lehnten die Lokalisten auch nach dem Ende des „Sozialistengesetzes“ – durch welches die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ebenfalls gezwungen waren, sich auf lokaler Ebene zu organisieren und die Kontinuität der Bewegung nur mittels einer losen Verbindung durch Vertrauensleute aufrechterhalten werden konnte – eine Unterordnung unter die 1890 gegründete und politisch neutrale Generalkommission ab. Sie befanden sich zwei Jahre später auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress mit ihren damals ca. 10.000 Mitgliedern gegenüber den 350.000 Mitglieder umfassenden Zentralverbänden aber deutlich in der Minderheit.

Um den Erosionsprozess der Bewegung aufzuhalten und weiter eine „bewusste sozialdemokratische Politik“ betreiben zu können, verselbständigten sie sich schließlich 1897 als

- 11 Rübner: Freiheit, S. 61. Vgl. Rudolf Boch: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985.
- 12 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 309; Nelles, S. 350 sowie Rübner: Freiheit, S. 68 f.
- 13 Rübner: Freiheit, S. 24 ff.; Bock: Anarchosyndikalismus, S. 298. Vgl. Dirk H. Müller: Der Syndikalismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1914, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 57–68, hier S. 58 ff.

lokal organisierte oder auf Grund des Vertrauensmännersystems zentralisierte Gewerkschaften Deutschlands, die ab 1901 als Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) firmierten. Mit ihren maximal 19 752 Mitgliedern (im Jahre 1902), die sich vor allem aus den Bereichen Baugewerbe und Metallverarbeitung sowie hochspezialisierten und seltenen Berufen rekrutierten, sich regional in Berlin und dem mitteldeutschen Industriegebiet konzentrierten, umfassten sie allerdings „nur mehr die Reste und von diesen wiederum nur einen Teil der lokalistischen Gewerkschaftsbewegung“.¹⁴

Auch nach der Außerkraftsetzung des Verbindungsverbots der einzelstaatlichen Vereinsgesetze am 1. Januar 1900, welche die Zentralverbände des Zwangs zu „politischer Abstinenz“ entthob, hielten die Lokalisten aus nunmehr prinzipieller Gegnerschaft „dem Vertretungsprinzip und (...) einer sich ständig verstärkenden Schicht hauptamtlicher Funktionäre“¹⁵ gegenüber an ihrer organisatorischen Autonomie fest und verweigerten sich den 1903 einsetzenden Bemühungen des bislang neutralen SPD-Vorstands, eine Vereinigung beider Organisationen herbeizuführen. Seit 1904 dehnte die FVdG unter dem Einfluss des Berliner Arztes Dr. Raphael Friedeberg¹⁶ ihre Kritik am repräsentativen Vertretungssystem auf die politische Sphäre aus und übernahm von der französischen *Confédération Général du Travail* (CGT) syndikalistische Ideen wie die des Generalstreiks, welcher der SPD-Parteitag in Jena 1905 das Konzept des politischen Massenstreiks entgegenstellte. Als die *Freie Vereinigung* das Ergebnis einer im Februar 1906 intern getroffenen Absprache zwischen leitenden Funktionären der Zentralgewerkschaften und dem Vorstand der Sozialdemokratie publizierte, in der dieser der Generalkommission in der Frage einer Ablehnung des Massenstreiks Entgegenkommen signalisierte, kam es 1908 zum formellen Bruch. Die Erklärung der SPD, dass die Mitgliedschaft in der FVdG „mit ihren Grundsätzen und Interessen“ unvereinbar wäre, kostete die Lokalisten auf ihrem daraufhin einberufenen Kongress fast die Hälfte ihrer Mitglieder. Deren Zahl, die sich im Jahre 1907 auf 17 633 belief, ging bis 1910 auf 6 454 zurück und stagnierte bis 1914 auf diesem Niveau.¹⁷

Polizeiberichten zufolge hatte die Debatte trotz einer stets vorhandenen Opposition autonom agierender Belegschaften kaum organisatorische Auswirkungen unter der Bergarbeiterschaft. Die frühesten gewerkschaftlichen Aktivitäten der Freien Vereinigung im Ruhrgebiet lassen sich auf das Jahr 1905 zurückdatieren, als es gegen den erklärten Willen der „bürokratisierten Führung“ des Bergarbeiterverbandes (BAV) zu einem erst nachträglich sanktionierten Generalstreik der Bergarbeiter kam, der „erste und überaus zaghafte Annähe-

14 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 301; ders.: Syndikalismus, S. 23 f.; Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, S. 153 (Anmerkung 72). Rübner: Freiheit, S. 25 f.

15 Klan/Nelles, S. 14.

16 Vgl. Hans Manfred Bock/Florian Tennstedt: Raphael Friedeberg. Arzt und Anarchist in Ascona, in: Harald Szeemann (Hg.): Monte Verita. Berg der Wahrheit. Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie, Venezia-Martegallo 1978, S. 38–53.

17 Bock: Syndikalismus, S. 26–33; ders.: Anarchosyndicalism in the German Labour Movement. A Rediscovered Minority Tradition, in: Marcel van der Linden/Wayne Thorpe (Hg.): Revolutionary Syndicalism. An International Perspective, Aldershot 1990, S. 59–79, hier S. 61. Rübner, S. 26–29.

rungen (...) an die antibürokratische und antiparlamentarische Programmatik der FVdG“ bewirkte.¹⁸

Erst Konflikte innerhalb der Dortmunder SPD mit ihrem starken linken Flügel führten dann dazu, dass die Lokalisten dort Fuß fassen konnten. Im Oktober 1908 und im Mai 1909 luden radikale Sozialdemokraten aus Brackel unter Führung des Bergmanns Karl Besser den Leiter der Geschäftskommission der Freien Vereinigung, Fritz Kater¹⁹, zu öffentlichen Vorträgen ein, bei denen dieser heftige Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie und der Politik des BAV übte. Ein anschließendes Parteiausschlussverfahren gegen Besser und mehrere oppositionelle Funktionäre des Brackeler Ortsvereins führte im Juni 1909 zur Gründung der ersten aus Ruhrbergarbeitern bestehenden FVdG-Ortsgruppe. Im Januar 1910 trat sie mit dem Flugblatt „An die Bergsklaven“ an die Öffentlichkeit, das wegen der Einführung des Arbeitsnachweises zum Streik aufrief und den Auftakt für eine, „gemessen an ihren begrenzten finanziellen Mitteln, (...) bemerkenswerte Flugblattagitation“²⁰ im weiteren Verlauf des Jahres bildete. Allerdings schlug der Versuch fehl, einen auf der Zeche Lukas in Brackel im November 1910 durch lange bestehende Missstände hervorgerufenen, durch Belegschaftsvertreter und -versammlungen nach dem überkommenen Delegationsprinzip organisierten Arbeitskampf zu beeinflussen. Beim Abbruch des Streiks Anfang Dezember fanden Besser und andere mit ihrem Aufruf zu dessen Fortführung mehrheitlich kein Gehör mehr.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs wurden zwar noch weitere Bergarbeitervereinigungen konstituiert, u.a. in Dortmund und Umgebung, Gladbeck, Buschhausen, Langendreer und Hamborn, deren Gesamtmitgliedschaft inkl. 250 vom BAV übergetretener Mitglieder die Zahl 450 bis zum De-facto-Verbot der Organisation im August 1914 offensichtlich aber nicht überschritt. Bestrebungen, den verlorenen Bergarbeiterstreik von 1912 und die daraus resultierenden erheblichen Mitgliederverluste des BAV organisatorisch auszunutzen, blieben erfolglos und trafen auf den entschlossenen Widerstand sowohl der Sozialdemokratie als auch der Freien Gewerkschaften.²¹ So erachtete es die Vereinigung der Bergarbeiter mit Sitz in Dortmund und Lünen noch auf dem 11. Kongress der FVdG im Mai 1914 „für unbedingt notwendig“, dass die Geschäftskommission Schritte unternehme, „um die syndikalistische

- 18 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 302; Gesau, S. 68 ff., 77; Klaus Tenfelde: Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 199–223, hier S. 200, 211–214. Zu diesem Zeitpunkt existierten in Bochum, Dortmund und Essen „lediglich“ Ortsgruppen der Fliesenleger. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der V. Konferenz der Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands. Abgehalten am 27., 28. und 29. Dezember 1906 zu Barmen-Elberfeld, S. 2. Protokoll über die Verhandlungen vom 8. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1908, S. 127. Protokoll über die Verhandlungen vom 9. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin 1910, S. 91.
- 19 Vgl. Rudolf Rocker: Ein Leben für den revolutionären Syndikalismus. Biographie von Fritz Kater, Hamburg 1988.
- 20 Gesau, S. 78.
- 21 Ebd., S. 77–80. Tenfelde, S. 214–218. Die Einigkeit. Organ der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften 14 (1910), Nr. 25, Beilage; 15 (1911), Nr. 1.

Bewegung im Ruhrgebiet vorwärts zu bringen“, und dazu die Anstellung eines „tüchtigen Agitator[s]“ beantragte, „der sich speziell mit Bergarbeiterfragen zu beschäftigen“ hätte.²²

Die Entwicklung zur Massenbewegung im Ruhrgebiet

Als die Freie Vereinigung wegen ihrer antimilitaristischen Haltung schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs in die Illegalität gedrängt und ihre Verbandsorgane am 8. August 1914 verboten wurden, konnte neben der bis 1917 erfolgenden Herausgabe von Mitteilungsblättern bzw. Rundschreiben nur mit Mühe eine minimale Form des Zusammenhalts aufrechterhalten werden.²³ Im Ruhrgebiet gelang dies aufgrund des Engagements bislang führender Aktivisten nur einigen Gruppen wie denjenigen in Hamborn,²⁴ Brackel²⁵ sowie vermutlich auch Lütgendortmund,²⁶ die damit nach der Revolution von 1918 „als Kristallisationskern der revolutionär-syndikalistischen Massenbewegungen“ fungierten.²⁷

Nachdem es bereits seit Herbst 1915 wiederholt Demonstrationen, Kundgebungen und spontane Streiks gegeben hatte, die in der Streikwelle im Frühjahr 1917 und den Januarstreiks 1918 kulminierten, entstand – vordergründig ausgelöst von der durch den Krieg hervorgerufenen katastrophalen Wirtschafts- und Versorgungslage, die den Lebensstandard des überwiegenden Teils der Arbeiterschaft unter das bereits unzureichende Vorkriegsniveau absinken ließ – eine breite, antibürokratische Gewerkschaftsopposition. Die Bergleute, die „mit der politischen Revolution auch die soziale“²⁸ forderten, entzogen dem an seiner konformistischen Strategie durch Beteiligung an der sozialpartnerschaftlichen „Arbeitsgemeinschaft“ weiterhin festhaltenden, als Gegenleistung für die unternehmerseitige Anerkennung als Verhandlungspartner auf eine sozialistische Transformation der Wirtschaft verzichtenden BAV das Vertrauen. Außerhalb seiner Kontrolle entfalteten sich seit Dezember 1918 erneut Streikbewegungen und konstituierten sich dem Anspruch nach sozialrevolutionäre Gewerkschaften.²⁹

Einen entscheidenden Faktor stellte dabei der Konflikt zwischen der Gewerkschaftsführung und der Bergarbeiterschaft dar, der sich in Hamborn aufgrund einer unterschiedlichen Interpretation der Achtstundenschicht entwickelte, auf die sich der Alte Verband und die Unternehmer im November 1918 geeinigt hatten. Einige Belegschaften im Essener, Gelsenkirchener und Oberhausener Revier vertraten die Auffassung, dass die Schichtzeit nicht für jeden einzelnen Arbeiter gelten, sondern einschließlich der Ein- und Ausfahrt der gesamten Schichtbelegschaft acht – und damit produktiv siebeneinhalb – Stunden betragen würde.

22 Protokoll über die Verhandlungen vom 11. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Abgehalten in Berlin am 21., 22. und 23. Mai 1914, S. 104.

23 Rübner: Freiheit, S. 33.

24 „Aus dem Ruhrbergbau ist lediglich bekannt, dass die Syndikalisten auf der Schachanlage Gewerkschaft Deutscher Kaiser (...) im Untergrund tätig waren.“ Gesau, S. 113.

25 Andreas Müller, S. 150 (Anmerkung 37).

26 Der Syndikalist. Organ der sozialrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands 1 (1918/19), Nr. 2.

27 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 303.

28 Gesau, S. 129.

29 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 308.

Nachdem die Zechenverwaltungen die Seilfahrt zu ihren Gunsten geändert hatten, wurde in vielen Schachtanlagen spontan die Arbeit niedergelegt, auf „Deutscher Kaiser, Neumühl, Westende 1/2 und Rheinpreußen (...) eigenmächtig weiter die 7 1/2-Stunden-Schicht“ verfahren.³⁰ Den Vertretern des Bergarbeiterverbandes wurden in den folgenden Belegschaftsversammlungen heftige Vorwürfe gemacht, und in Hamborn konnten sie die weitere Entwicklung bald nicht mehr beeinflussen. Am 20. November wurden dort Belegschaftskommissionen gebildet, die den Arbeiterausschuss und den BAV als Organ der Interessenvertretung ersetzen sollten. Ihnen gehörte der „in fast allen wichtigen Konferenzen und Demonstrationen des Jahres 1919 als Repräsentant der FVdG auftretende, rhetorisch begabte Bergmann Heinrich Heiling“ an.³¹ Die Arbeitgeberseite war in den darauf folgenden Gesprächen mit der Gewerkschaft nur zu geringfügigen Konzessionen bereit und weigerte sich, die Belegschaftskommissionen als Verhandlungspartner anzuerkennen. Die Bergleute von Gewerkschaft Deutscher Kaiser beschlossen nunmehr am 8. Dezember, in den Streik zu treten und dem ihre Forderungen „als maßlos und untragbar“ zurückweisenden BAV die Beiträge zu sperren, „bis der Vorstand wieder das Vertrauen der Arbeiterschaft besitze“. Nachdem daraufhin umgehend alle Schächte von Gewerkschaft Deutscher Kaiser sowie der Duisburger Schacht Rönsberghof und die Zeche Westende bestreikt und die Belegschaften von Wehofen und Neumühl von streikenden Bergleuten an der Anfahrt gehindert bzw. wieder aus der Grube geholt wurden – die Belegschaft der Thyssen-Zeche Lohberg fuhr aus Sympathie mit den Streikenden wieder aus, ohne mit der Arbeit begonnen zu haben³² – sah sich Generaldirektor Jacob schließlich gezwungen, den Forderungen „unter Protest“ nachzugeben. Obwohl die Arbeiter sich schließlich nur in einem Punkt, einem durchschnittlichen Hauerlohn von 19,50 Mark, in fast vollem Umfang durchsetzen konnten, sahen sie hierin einen aus eigener Kraft erzielten Erfolg, der das von den Freien Gewerkschaften Erreichte übertraf. Sie betrauten nunmehr den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat mit der Vertretung ihrer Interessen.

Nachdem die Arbeiter der Zechen Neumühl und Rönsberghof an den Erfolg von Gewerkschaft Deutscher Kaiser hatten anknüpfen können, breitete sich die Streikbewegung ab dem 10. Dezember weit über Hamborn hinaus aus und umfasste zeitweise über 10.000 Teilnehmer. Gewerkschaften und Zechenverband einigten sich einige Tage später auf eine ab dem 1. Januar geltende 15-prozentige Lohnerhöhung. Die Hamborner Bergleute waren nun wieder isoliert und als die mit ihnen getroffenen Vereinbarungen durch die Grubenvorstände umgehend widerrufen wurden, traten sie am 16. Dezember erneut in den Streik und zogen demonstrierend zu den benachbarten Schachtanlagen, um sie ebenfalls stillzulegen. Am 27. Dezember eskalierte die Situation, als ein zum Schutz der Oberhausener Zeche Königsberg entsandtes Freikorps auf die Demonstranten schoss und drei Menschen tötete. Daraufhin kam es zu einem Gefecht mit der Hamborner Sicherheitswehr und Toten auf beiden Seiten.

30 Gesau, S. 137.

31 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 312. Lucas: Radikalismus, S. 161f.

32 Gesau, S. 138f.

Eine Konferenz in Mülheim, an der u.a. Vertreter der Gewerkschaften und der Streikkommissionen, der Unternehmer, die Oberbürgermeister und Arbeiterräte der Städte im Streikgebiet sowie der preußische Ministerpräsident Heinrich Ströbel (USPD) teilnahmen, beendete schließlich am 28. Dezember den Streik durch weitgehende Annahme der gemäßigeren Forderungen, die Heiling als Vertreter der Streikkommissionen erhob. Als Gegenleistung für den Ersatz der ihnen entstandenen Streikkosten erklärten sich die Bergarbeiter dazu bereit, sofort wieder zur Arbeit zurückzukehren und ab dem 1. Februar 1919 die Achtstundenschicht voll zu verfahren. Die FVdG, die in Hamborn zuvor „vielleicht 5, 6 Mann“³³ gezählt haben soll, hatte im Rahmen der von den Belegschaften erzwungenen direkten Verhandlungen damit erstmals die Rolle eines Tarifpartners übernommen, der über ökonomische Forderungen unter den gegebenen Kräfteverhältnissen mit größerem Erfolg als die etablierten Gewerkschaften zu verhandeln schien. Mit ihrer kompromissloseren Haltung und ihrer antizentralistischen Argumentation begründete sie in der Folgezeit die Anziehungskraft unmittelbarer Aktionsformen und syndikalistischer Kampfmittel unter der Bergarbeiterschaft.³⁴

Während sich die Lage im Raum Duisburg/Hamborn nach der Annahme der Verhandlungsergebnisse seitens der Belegschaften zunächst wieder normalisierte, traten ab dem 2. Januar 1919 nun die Bergleute im gesamten übrigen Ruhrgebiet mit der Forderung nach denselben Konzessionen in den Streik. In dieser Situation beschloss der Essener Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die drei sozialistischen Parteien paritätisch vertreten waren, den Bergbaulichen Verein und das Kohlensyndikat mit Kontrollkommissionen zu besetzen und die Sozialisierung des Bergbaus zu proklamieren.

Entsprechende Forderungen waren im Ruhrbergbau erstmals am 22. Dezember 1918 auf den Hamborner Zechen erhoben und mit der Jahreswende von weiteren Belegschaften aufgegriffen worden. In einzelnen Fällen kam es zu „wilden Sozialisierungen“, wurden Zechen gemeinsam mit den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten und deren Sicherheitswehren besetzt. Einen gewissen Sonderfall stellte dabei die Entwicklung auf der Zeche Victoria in Lünen dar, wo die Sozialisierungsforderung längerfristig durchgesetzt und die Produktion zugleich erhöht werden konnte. Am 6. Januar vertrieb die dortige Belegschaft den verhassten Bergassessor Walkhoff, erklärte ihn für amtsenthoben und wählte einen dreiköpfigen Betriebsrat, der die Zeche leiten sollte. Eines seiner Mitglieder war der Steiger Schürken, der der KPD und der FVdG angehörte und später Mitglied des Zentralzechenrats war. Die Bergleute unternahmen große Anstrengungen, um zu beweisen, dass sie keines Direktors bedurften. Sie konnten tatsächlich eine tägliche Mehrförderung sowie eine Steigerung der Hauer- und der Gesamtleistung verzeichnen.³⁵

33 Protokoll 12. Kongress, S. 21.

34 Gesau, S. 139–143. Nelles, S. 350.

35 Gesau, S. 150–153. Vgl. Inge Maršolek: Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates, in: Reinhard Rürup (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 239–314, hier S. 288 f.

Zur Durchführung wurde die „Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus“ mit wiederum je drei Vertretern der SPD, USPD und KPD³⁶ sowie ein „Volkskommissar“ eingesetzt. Eine Konferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets am 13. Januar 1919 in Essen bestätigte diese Maßnahmen und beschloss einstimmig, dass die Sozialisierung auf der Grundlage des Rätessystems durchgeführt werden sollte. Am 15. Januar wurde öffentlich zu den Wahlen der Steigerrevier-, Zechen- und Bergrevierräte aufgerufen. Die Neunerkommission musste allerdings aufgrund der Nichtanerkennung durch die Reichsregierung bereits am 22. Januar den Versuch aufgeben, das Kohlensyndikat zu kontrollieren.

Die Regierung, die in der „Verordnung betreffend den Bergbau“ stattdessen die Einrichtung von Zechen- und Bergwerksräten mit wesentlich geringeren Befugnissen und die Einsetzung von drei Sozialisierungskommissaren vorsah, traf schließlich Vorbereitungen zur militärischen Lösung des Problems und bediente sich dabei der Freikorps. Der Einmarsch dieser Truppen in das nördliche Ruhrgebiet am 15. Februar führte in den folgenden Tagen in fast allen Städten zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Arbeitern und ließ die Syndikalisten, die KPD und lokale Gruppen der USPD während einer Teilkonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Mülheim den Generalstreik proklamieren. Die Bestätigung des Beschlusses, bis zum Rückzug der Truppen und zur Anerkennung der Neunerkommission die Arbeit niederzulegen, durch die planmäßige Rätekonferenz am 18. Februar erfolgte allerdings ohne Zustimmung der SPD-Delegierten und kulminierte im Austritt der sozialdemokratischen Vertreter aus der Neunerkommission.

Auf dem Höhepunkt des Streiks betrug die Beteiligung der Belegschaftsmitglieder aber gerade 52 Prozent, nur in Hamborn, Duisburg, Oberhausen und Buer ruhte die Arbeit vollständig. Bereits am 16. Februar stellten die Arbeiter- und Soldatenräte daher das Misslingen des Streiks fest und beendeten ihn gegen den Willen der FVdG, so dass er innerhalb weniger Tage in sich zusammenbrach und bis zum 27. Februar mit militärischen Mitteln niedergeschlagen werden konnte.³⁷

Die Sozialisierungsbestrebungen waren damit gescheitert und machten angesichts der Lebensmittelknappheit einer neuen Streikwelle für die Forderung nach Verkürzung der Schichtdauer auf sechs Stunden Platz. Einer entsprechender Beschluss wurde am 16. März 1919 auf Initiative der FVdG von Belegschaftsversammlungen der Zechen Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Lohberg, Rhein I und Neumühl getroffen und Ende des Monats bereits auf 37 Schachtanlagen in die Tat umgesetzt. Eine von der Neunerkommission einberufene, von 80 Prozent der Schachtanlagen beschickte Delegiertenkonferenz der Bergleute in Essen entschied am 30. März, sich in einer Allgemeinen Bergarbeiter-Union³⁸ zu organisieren und dem BAV

36 Mit Heiling und Karl Völker gehörten mindestens zwei ihrer Vertreter auch der FVdG an. Gesau, S. 151.

37 Ebd., S. 150f., 154 ff. Vgl. Jürgen Tampke: Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, in: Mommsen/Borsdorf, S. 225–248; ders.: *The Ruhr and Revolution. The Revolutionary Moment in the Rhenish-Westphalian Industrial Region 1912–1919*, London 1979.

38 Die Geschäftskommission der FVdG distanzierte sich explizit von ihr. „Wir weisen hier öffentlich darauf hin, dass die syndikalistischen Organisationen der Bergarbeiter nichts mit der ‚Union‘ und

sofort die Beiträge zu sperren. Für den 1. April sollte der Generalstreik ausgerufen werden, wenn ihre Forderungen, insbesondere die umgehende Einführung der Sechsstundenschicht, eine Lohnerhöhung von 25 Prozent und bezahlte Streikschichten, nicht erfüllt würden.

Der Streik breitete sich ausgehend von den Revieren Dortmund,³⁹ Bochum und Witten rasch aus, erreichte am 10. April seinen Höhepunkt⁴⁰ und war trotz der Verhängung des Belagerungszustandes und damit einhergehender massiver Repressionen – die insbesondere in Gelsenkirchen und Wattenscheid vertretene Allgemeine Bergarbeiter-Union war Ende des Monats durch die Verhaftung ihrer Führer vollständig zerstört worden⁴¹ – nur schwer einzudämmen. Im Zuge dessen erlebte die Freie Vereinigung der Bergarbeiter⁴² einen rasanten Zulauf neuer Mitglieder auf Kosten des Alten Verbandes⁴³ und erreichte den Höhepunkt einer kurzlebigen „Aktionseinheit“ mit der KPD und der USPD. Die FvDG, die sich nach ihrem Bruch mit der SPD ideologisch noch nicht neuorientiert hatte, sanktionierte auf ihrer Ende Dezember 1918 abgehaltenen ersten Nachkriegskonferenz dementsprechend die Mitarbeit in den linksstehenden Parteien und nahm in ihr im Frühjahr 1919 ausgearbeitetes Übergangsprogramm die Parolen von der Rätewacht und der Diktatur des Proletariats auf.⁴⁴ Die Mehrheit der Delegierten des Gründungskongresses der KPD hatte ihrerseits eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abgelehnt und schien einem Austritt aus den Gewerkschaften und der Konstituierung „selbständiger Wirtschaftskampforganisationen“ zuzuneigen. Bis zur offenen Distanzierung der KPD-Zentrale von den Syndikalisten ab

deren Zeitung zu tun haben. (...) Die jetzigen Väter der ‚Union‘ sind keine Syndikalisten. Wir ersuchen, diesen Gründern mit dem nötigen Misstrauen zu begegnen.“ *Der Syndikalist* 1 (1918/19), Nr. 28.

- 39 „Auch die Bergarbeiter östlich Dortmund haben den Sechsstundentag durchgeführt, indem sie die Arbeitsstellen nach sechsständiger Arbeitszeit verlassen. Die direkte Aktion hat auf den Zechen Scharnhorst, Gneisenau, Holstein, Schleswig, Schürbank, Freien Vogel zum vollen Siege geführt.“ *Der Syndikalist* 1 (1918/19), Nr. 15.
- 40 Die Gewerkschaften und der Zechenverband einigten sich schließlich auf die Einführung der Siebenstundenschicht für Untertagearbeiter unter Einschluss der Ein- und Ausfahrt und bei vollem Lohnausgleich. Gesau, S. 156 f., 159.
- 41 Bock: *Syndikalismus*, S. 132 f.; Erhard Lucas: *Märzrevolution 1920*, Bd. 1, Frankfurt/Main 1970, S. 58 f.
- 42 Auf Initiative der Ortsgruppe Lütgendortmund war für den 16. April eine Konferenz der „revolutionären Bergarbeiter des Ruhrreviers“ einberufen worden, um die zahlreichen neugegründeten Organisationen in einer Föderation zusammenzufassen, so „die Agitation intensiver zu gestalten und spätere Aktionen einheitlich durchführen zu können.“ *Der Syndikalist* 1 (1918/19), Nr. 13; Protokoll 12. Kongress, S. 38.
- 43 Der BAV verlor nach enormen Mitgliedererwartungen von Oktober 1918 bis März 1919 im darauf folgenden Quartal 42 567 seiner 190 399 Mitglieder durch Austritt und konnte seinen Mitgliederstand erst im dritten Quartal des Jahres stabilisieren. Der Verlust von 40 000 Mitgliedern vollzog sich allein in fünf der 14 Bezirke (Dortmund, Castrop, Gladbeck, Gelsenkirchen, Oberhausen), die übrigen Bezirke blieben in diesem Zeitraum relativ stabil. Gesau, S. 156–161, 174 f. Manfred Dörnemann: *Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreichs*, Bochum 1966, S. 269.
- 44 Bock: *Syndikalismus*, S. 89, 103 ff.; Rübner: *Freiheit*, S. 34 ff.

Juni 1919 und zum Ausschluss der Linkskommunisten im Oktober des Jahres war die programmatische Identität und wechselseitige Abgrenzung beider Richtungen also noch unklar, stimmten Mitgliedschaft und Führung ganzer Gruppen auf lokaler und regionaler Ebene häufig überein. Darüber hinaus kam es oft auch zu einer organisatorischen Zusammenarbeit, z.B. in den Arbeiter- und Soldatenräten der Städte Mülheim – wo die FVdG „durch ihre starke Präsenz als zweitstärkster Verband im Arbeiterrat der Maschinenfabrik Thyssen (vier von 13 Sitzen) über ihre entsandten Vertreter einen merklichen Einfluß in den regionalen Räteorganen“ erhielt – und Hamborn.⁴⁵

Am 17. August 1919 konnten dann auf einer von 115 Delegierten besuchten Konferenz in Wattenscheid, die sich schwerpunktmäßig mit Organisationsfragen wie der Ausarbeitung von Leitsätzen und den Anträgen zu der für den Folgemonat geplanten Düsseldorfer „Verschmelzungskonferenz“ befasste sowie Abänderungsanträge zur Satzung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum formulierte,⁴⁶ ungefähr 16.000 syndikalistische Bergarbeiter aus 189 Schächten in einer eigenen Föderation zusammengefasst werden. Sie wurde von Johann Spaniol, der vor dem Krieg BAV-Sekretär im Oberhausener Bezirk war und damit wie Heiling dessen mittlerer Führungsschicht entstammte, als Obmann geführt. Ihre organisatorische Grundlage sollten Schachtorganisationen bilden, die sich zu Ortsvereinen zusammenschließen hätten. Die Geschäftsleitung hatte in ihrem Leitsätzeentwurf ursprünglich nur Ortsvereine vorgesehen, musste allerdings anerkennen, dass sich bis September auf den Zechen schon 21 dieser Schachtorganisationen gebildet hatten. Die Syndikalisten orientierten sich damit an den Organisationsstrukturen des Essener Rätmodells. Erst auf ihrer 5. Reichskonferenz im April 1923 – auf der es zwischen „Rheinland“ und „Westfalen“ über die Frage einer Besoldung der Geschäftsleitung übrigens zu einer temporären Spaltung kam – rückte die Bergarbeiterföderation wieder vom Schachtorganisationsprinzip ab.⁴⁷

Am 15./16. September vereinigte sich die rheinisch-westfälische FVdG dann mit anderen sozialrevolutionären Vereinigungen (neben der neukonstituierten *Allgemeinen Bergarbeiter-Union* zählten dazu der *Allgemeine Arbeiter-Verband*, die *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union* (beide aus Düsseldorf) und die *Allgemeine Arbeiter-Union* (Essen)) zur *Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten)*, um durch ein geschlossenes Auftreten den Zentralgewerkschaften ein größeres Potential entgegenzusetzen zu können. Ein Drittel der auf der Konferenz vertretenen Delegierten waren Bergarbeiter, die 82 Schachtorganisationen repräsentierten. Die nach langwierigen, teilweise recht kontroversen Auseinandersetzungen zwischen den linkskommunistischen Unionisten und den Syndikalisten beschlossenen Gründungsrichtlinien der FAU (S) entsprachen hauptsächlich den Vorstellungen der FVdG. Sie setzte sich aufgrund ihrer gefestigteren organisatorischen und ideologischen Tradition in wesentlichen Punkten wie der Programmatik durch, die auf den Richtlinien ihrer Kongresse von 1906 und 1910

45 Rübner: Freiheit, S. 44; Gesau, S. 145, S. 148 f.; Irmgard Steinisch: Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mülheim an der Ruhr, in: Rürup, S. 155–237.

46 Der Syndikalist 1 (1918/19), Nr. 35, 37, 45.

47 Gesau, S. 176, 179; Rübner: Freiheit, S. 41, 52, 72.

basierte, musste jedoch hinsichtlich der generell das syndikalistische Berufs- bzw. Industrieverbandsprinzip vorsehenden Organisationsform der Bergarbeiterföderation als mitgliederstärkster Branche aber erneut die Gliederung in Schachtorganisationen konzedieren. Die Mitglieder konnten zugleich individuell politischen Parteien angehören, durften in den Veranstaltungen der FAU (S) aber keine Parteipolitik betreiben.⁴⁸

Auf Reichsebene wurde der erwähnte Zusammenschluss auf dem von 109 Delegierten aus allen Landesteilen besuchten, vom 27.–30. Dezember 1919 in Berlin abgehaltenen 12. Kongress der FVdG nachvollzogen. Ihr gehörten nach Gründung zahlreicher neuer Ortsvereine in Thüringen, Sachsen, Schlesien, Süddeutschland und in den Hafenstädten an Nord- und Ostsee inzwischen III.675 Mitglieder an.⁴⁹ Die Bergarbeiterföderation hatte ihre Gesamtmitgliedschaft nach eigenen, allerdings nicht immer exakt aufgeschlüsselten Angaben zu diesem Zeitpunkt mit mindestens 34.100 mehr als verdoppelt und erreichte bei 430.000 angelegten Arbeitern damit einen Organisationsgrad von ca. acht Prozent unter den Ruhrbergleuten.⁵⁰ Ihre Hochburgen waren der Westen des Ruhrgebiets, d.h. die Bergreviere Oberhausen und Duisburg, mit 17.000 Mitgliedern – darunter 8.000 aus Hamborn⁵¹ und jeweils 3.000 von der Duisburger Zeche Diergardt, aus Groß-Mülheim und dem Gebiet Oberhausen/Mülheim/Duisburg – und das östliche Ruhrgebiet mit 13.300 Mitgliedern – davon insgesamt 8.121 in der Stadt Dortmund und den Landkreisen Hörde und Dortmund, 3.776 im Bergrevier Hamm und 1.403 im Kartell Lünen. Die übrigen Mitglieder waren 2.000 Bergleute aus Bochum⁵² und 1.800 Bergarbeiter aus Moers und Umgebung. Der Delegierte für Dortmund-Land, Nikolaus Mühlhausen, wusste bei dieser Gelegenheit zu berichten: „Die Bewegung unter den Bergarbeitern, unter den Grubenproleten, ist wie aus dem Erdboden gewachsen. Fast jede Woche haben wir eine neue Zahlstelle zu verzeichnen.“⁵³

Die nunmehr als Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistinnen) (FAUD (S)) firmierende Organisation nahm fast einstimmig die von Rudolf Rocker⁵⁴ im Auftrag der Geschäftskommission verfasste „Prinzipienerklärung des Syndikalismus“ an, eine Synthese aus revolutionärem Syndikalismus und Kropotkins Theorie des kommunistischen Anarchismus, und kam damit zu einer im wesentlichen bis 1933 gültigen programmatischen Neupositionierung. Demzufolge verstand sich die FAUD als sozialrevolutionäre Klassenkampforganisation und radikale Kulturbewegung gleichermaßen. Die Organisation in politischen Parteien, die Rocker als ebenso wie der Parlamentarismus dem Bürgertum eigen bezeichnete,

48 Bock: Syndikalismus, S. 132–138; Gesau, S. 180 f.; Rübner: Freiheit, S. 40 ff.

49 Bock: Syndikalismus, S. 155–160. Rübner: Freiheit, S. 36.

50 Protokoll 12. Kongress, S. 97 f. Gesau, S. 176 f.

51 „Auf der Schachtanlage ‚Gewerkschaft‘ (Thyssen) hat sich die Mitgliederzahl in zwei Monaten mehr als verdoppelt. Am 1. Oktober wurden 732 Syndikalistinnen gezählt, Ende November waren 1516 Mitglieder in der ‚Freien Vereinigung‘.“ Der Syndikalist 1 (1918/19), Nr. 52, Beilage.

52 „Auf der Zeche Karolinenglück sind in einigen Tagen 255 Kameraden neu aufgenommen und 435 Mann syndikalistisch organisiert. Im ganzen Bochumer Bezirk geht es vorwärts. In der Ortsgruppe Bochum sind die Vorstandsmitglieder durchweg alte Zentralverbändler.“, Der Syndikalist 1 (1918/19), Nr. 50.

53 Protokoll 12. Kongress, S. 32.

54 Vgl. Peter Wienand: Der „geborene“ Rebell. Rudolf Rocker. Leben und Werk, Berlin 1981.

wurde den Mitgliedern weiterhin noch freigestellt und erst auf dem 13. Kongress im Oktober 1921 für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur FAUD erklärt.⁵⁵

Die Einigkeit der divergierenden ideologischen Strömungen „war aber nur von kurzer Dauer“, bald rangen sie in der Bewegung „um die Vormacht. Die Freie Vereinigung der Bergarbeiter versuchte, die übrigen Unionisten teilweise mit Druck in ihre eigene Organisation zu drängen. Solche Beispiele sind unter anderem von den Bochumer Zechen Hannibal, Präsident, Karolinenglück und Constantin 1/2 bekannt.“⁵⁶ Schon Ende Dezember 1919 begannen sich die kommunistischen Teile der rheinisch-westfälischen FAU wieder zu verselbständigen, als die der Geschäftsleitung der Bergarbeiterföderation angehörenden Joseph Witt und Dzimba aus Gelsenkirchen über hundert Schachtdelegierte zu einer Konferenz nach Wanne einluden, um dort Steigerrevierräte nach Essener Muster wählen zu lassen. Die beiden wurden daraufhin im „Syndikalist“, dem Organ der FAUD, als Verräter „an unserer syndikalistischen Organisation“ bezeichnet, welche einstimmig gefasste Beschlüsse zur Umsetzung der „Verschmelzung“ hintertreiben würden und „eine völlige Verwirrung bei den Kumpels angerichtet“ hätten.⁵⁷ Witt, der mit der Einholung einer Druckgenehmigung für das geplante Fachorgan der Bergarbeiterföderation betraut worden war, trat später unter Mitnahme des Geldes über und fungierte dann selbst als Redakteur der seit dem 24. April unter dem Titel „Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Bergarbeiter Deutschlands“ erscheinenden Zeitung. Im ersten Leitartikel stellte sich die Freie Arbeiter-Union (Gelsenkirchen) als von den Syndikalisten und anderen Parteien unabhängige „gewerkschaftliche Kampforganisation für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter“⁵⁸ vor. Von der Geschäftskommission wurde der „Gelsenkirchener Richtung der Bergarbeitergruppe, die sich aus betrügerischer Absicht auch „Freie Arbeiter-Union“ nennt, in Wirklichkeit aber Parteigeschäfte der U. S. P. besorgt“, wiederholt der Versuch vorgeworfen, durch List von „den Unterkassierern unserer syndikalistischen Organisationen die kassierten Gelder und die Mitgliederlisten“ zu bekommen.⁵⁹

Der Sezessionsprozess der parteikommunistisch orientierten Mitglieder führte schließlich Ende 1920 im Rahmen eines Reichskongresses zur Gründung der FAU Gelsenkirchener Richtung (FAU/G) als eigenständiger Organisation. Das genaue Ausmaß der Mitgliederverluste lässt sich nur schwer beziffern, bei Berücksichtigung der Angaben späterer Jahre kam es praktisch zur Halbierung der Bewegung.⁶⁰ Regional konzentrierten sich die Syndika-

55 Bock: Syndikalismus, S. 156 f.; Wienand, S. 294.; Klan/Nelles, S. 72; Rübner: Freiheit, S. 36 f.

56 Gesau, S. 182.

57 Der Syndikalist. Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten) 2 (1920), Nr. 3.

58 Ebd., Nr. 20.

59 Ebd., Nr. 22.

60 Die FAU/G vereinigte sich im September 1921 gegen den Willen der KPD mit dem „Verband der Hand- und Kopfarbeiter“ (Berlin) und dem „Landarbeiter-Verband“ (Braunschweig) zur „Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“ (Räteorganisation) (UdHuK) und schloss sich im Gegensatz zur FAUD (S) der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ (RGI) an. 1925 ging sie auf Weisung der KPD mehrheitlich in den Freien Gewerkschaften auf. Bock, Syndikalismus, S. 179–187. Jochen Weichold: Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Forschungen zur

listen nunmehr auf die Bezirke Oberhausen, Bochum, Wattenscheid und vor allem den Dortmunder Raum, d.h. die Bergreviere Dortmund I und II, wo sie bei den Betriebsratswahlen 1922 zwei Drittel ihrer Stimmen (bei einem Anteil von 2,85 Prozent aller Sitze) erhielten.⁶¹ Fließende theoretische Übergänge inkl. „zahlreiche[r] Doppelmitgliedschaften von Partei- und FAUD-Mitgliedern“ bestanden auf der Ebene der Ortsvereine trotz der strikt antimarxistisch ausgerichteten Abgrenzungspolitik der Geschäftskommission der FAUD allerdings noch lange nach der Spaltung.⁶²

Die Gesamtorganisation, die mit ungefähr 150.000 Mitgliedern „um das Jahr 1920/21 ihren quantitativen Kulminationspunkt erreichte“,⁶³ erlebte anschließend einen kontinuierlichen, sich im Verlauf des Inflationsjahres 1923 stark beschleunigenden Rückgang ihrer Mitgliederzahl, die sich dann 1925 bei ungefähr 25.000 stabilisieren konnte. Viele der Arbeiter, die der Organisation nach dem Krieg beigetreten waren, waren nämlich weder überzeugte Anarcho-Syndikalisten geworden noch überhaupt längerfristig gewerkschaftlich zu binden, als sich spätestens 1923 mit dem Verlust des Achtstundentages als wichtigster Errungenschaft der Revolution die Ineffizienz der nun in die Defensive geratenen Arbeiterorganisationen zu erweisen schien. Zudem durchliefen die entwickelten kapitalistischen Staaten generell die Phase der so genannten „fordistischen Formation“, in welcher sich der vergesellschaftlichte Kapitalismus durch „die Erschließung neuer Anlagesphären für das Kapital (Durchkapitalisierung) und eine entscheidende Erhöhung der relativen Mehrwertrate (Taylorisierung)“⁶⁴ stabilisieren und vermittels einer wohlfahrtsstaatlich abgesicherten Sozialpolitik und der wirtschaftlichen Prosperität auch auf den überwiegenden Teil des Proletariats eine integrative Wirkung in das arbeitsrechtlich zunehmend fest gefügtere Organisations- und Institutionengeflecht entfalten konnte. Die gesteigerte Arbeitsproduktivität machte die Massenarbeiterschaft zu Massenkonsumenten, die sich mit einer begrenzten Verbesserung ihres Lebensstandards innerhalb der Industriegesellschaft begnügten. Auf der gesellschaftlichen Ebene wurde dieser ökonomische Wandlungsprozess von einer zunehmenden Internalisierung eines modifizierten Arbeitsbegriffs und der Identifikation mit dem aufwendigeren Konsum- und Lebensstil der Mittelklasse durch den im Zuge der Rationalisierungsbewegung als neuen Beruf etablierten „angelernten Spezialarbeiter“ begleitet. Die in den 1920er Jahren einsetzenden Angebote der kommerziellen Massenkultur durchdrangen und überlagerten allmählich die „klassen- und milieugeprägten Lebensweisen“ der Arbeiterbevölkerung.⁶⁵

Geschichte der Arbeiterbewegung 3 (2005), S. 99–106. Bock, Anarchosyndikalismus, S. 323. Nelles, S. 349.

61 Gesau, S. 205. Larry Peterson: *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924*, Dordrecht 1993, S. 281.

62 Rübner: *Freiheit*, S. 79.

63 Ebd., S. 51.

64 Joachim Hirsch: *Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen*, in: *Politische Vierteljahrszeitschrift* 26 (1985), S. 160–182, hier S. 167.

65 Klan/Nelles, S. 122. Rübner: *Freiheit*, S. 72, 259 f. Marcel van der Linden/Wayne Thorpe: *Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte* des 20. und 21. Jahrhunderts 5 (1990), S. 9–38, hier S. 35 f. Vgl. Karl Heinz Roth: *Die „andere“ Arbeiterbewegung und*

Größeren Einfluss konnte die FAUD im Ruhrgebiet auf überlokaler bzw. überbetrieblicher Ebene daher letztmalig während der „Märzrevolution“ des Jahres 1920 im Anschluss an den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch ausüben. Ihre Mitglieder sollen 44,9 Prozent der Kombattanten der „Roten Ruhrarmee“ gestellt haben – womit sie im Umfeld der Geschäftskommission auf ausdrückliche Ablehnung stießen⁶⁶ – und wirkten an mehreren Vollzugsräten und Aktionsausschüssen mit, z.B. in Dortmund, Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen und Dinslaken. In Hamburg und Mülheim initiierten die mehrheitlich syndikalistischen Betriebsräte der Thyssen-Betriebe deren kollektive Übernahme.⁶⁷

Zusammenfassung der Erklärungsansätze

Wenn es darum geht, das Phänomen des Auftretens syndikalistischer Bewegungen zu erklären, dominiert in der Forschung noch die Aufstellung einer Kausalkette „Arbeitssituation X führt zu Arbeiterbewegung Y“, die primär auf makroökonomische Entwicklungen, insbesondere Anpassungsprobleme an die gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung, fokussiert und breitere gesellschaftliche und existentielle Interessen der Arbeiter eher negiert.⁶⁸ Sie charakterisiert zum einen die relativ hochqualifizierten und dementsprechend selbstbewussten Handwerker und Facharbeiter mit ausgeprägter Berufsautonomie und „job control“, die angesichts der sich in der zweiten Phase der industriellen Revolution wandelnden Produktionsweisen und wachsenden Unternehmensgrößen von Dequalifizierung und sozialem Abstieg bedroht waren, als besonders empfänglich für syndikalistische Ideen. Diese Berufsgruppen, die teilweise bis zum Ersten Weltkrieg noch weitgehend in traditionelle Produktionsprozesse eingebunden waren, hielten an ihren dezentral organisierten, berufsspezifischen Fachvereinen mit basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen fest, die ihnen eine exklusive Vertretung ihrer sozioökonomischen Interessen ermöglicht hatten. Sie stellten der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, deren Forcierung im Interesse der Freien Gewerkschaften als Vertreter des schon weitgehend fabrikmäßig arbeitenden Proletariats lag, die „konkrete Utopie“ der „Association der freien Produzenten“ entgegen, d.h. die Perpetuierung der zünftlerischen, „kleingewerblich-handwerklichen Strukturen unter Ausschaltung des Privateigentums und der Konkurrenzwirtschaft.“⁶⁹

Da es insbesondere die jungen, un- und angelernten und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitsmigranten aus Polen und agrarisch bestimmten Milieus waren, welche im

die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1977, S. 86.

66 Gerhard Colm: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921, S. 49. „Als die Mitglieder zur Waffe griffen, folgten sie den Kampfparolen ihrer Parteien.“ Gesau, S. 189; Rübner, Freiheit, S. 135.

67 Klan/Nelles, S. 77 f.; Rübner: Freiheit, S. 135. Vgl. Lucas: Märzrevolution, 3 Bde., Frankfurt/Main 1970/1973/1978.

68 Altena: Analyse, S. 23 ff., 31, 34.

69 Van der Linden/Thorpe, S. 22, 24. Rübner: Freiheit, S. 61 ff. Rudolf Boch: „Ein kommunales Forschungsprojekt zur Geschichte der Bergischen Arbeiterschaft“, in: IWK 19 (1983), S. 373–397, hier S. 380 f.; vgl. ders.: Handwerker-Sozialisten.

Dezember 1918 die Streikbewegung im westlichen Ruhrgebiet trugen, wird andererseits der „Hamborner Typus“ des entwurzelten, sich daher leicht radikalisierenden und von den Zentralgewerkschaften ignorierten Arbeiters „als idealtypischer Träger des Syndikalismus“ herangezogen und dann in der anschließenden Forschung generalisiert. Dessen Vertreter lebten in einer überdurchschnittlich dicht bevölkerten und „keinerlei sozialintegrative Funktionen“ besitzenden monoindustriellen Stadt („company town“) und waren durch eine diskontinuierliche Vita sowie eine unsichere Zukunftsperspektive geprägt. Aufgrund ihres Mentalitätshintergrunds waren sie eine effiziente und direkte, „auf kurzfristige sozial- und tarifpolitische Erfolge“ gerichtete Aktion gewohnt, ohne dass von einer bewussten theoretischen Rezeption revolutionär-syndikalistischer Kampfstrategien auszugehen sei – „organisatorisch ungeformtes Handeln von Menschenmassen [neigt] in der Regel zu solchen und ähnlichen Formen.“⁷⁰ Ausgeblendet wird dabei die „relativ neue Gruppe der durch Weltkrieg und Revolution radikalisierten Arbeiter mit Organisationserfahrung und höherer Qualifikation, die im anti-bürokratischen Affekt“ und aufgrund deren Kriegspolitik mit ihren Stammgewerkschaften gebrochen hatten, „zeitweilig in der lokalen Agitation der FVdG bzw. der FAUD eine wichtige Rolle spielten“ und erst das spezifische soziologische Profil des deutschen Anarcho-Syndikalismus der Jahre 1918/19 mitkonstituierten. „Von ihnen ist anzunehmen, dass sie die stärkste Disposition für eine Mitarbeit in der Gelsenkirchener Richtung der Freien Arbeiter-Union aufwiesen und in einer prekären Verbindung zur USPD und zur KPD(S) bzw. VKPD standen.“⁷¹

Die modernen sozialwissenschaftlichen Studien über den Syndikalismus, deren Aufmerksamkeit der Betriebssituation gilt, konzentrieren sich des Weiteren auf die Analyse spezifischer Berufe, die überproportional in der syndikalistischen Organisation vertreten waren.⁷² Was die Bergleute betrifft – schließlich ein Berufszweig mit einer ausgeprägt konservativen Tradition, für dessen Angehörige die Bergrechtsreform von 1851–65 den Verlust von privilegiertem Status, Recht und Einkommen bedeutet hatte⁷³ –, wird ihre besondere Affinität für direkte Aktions- und Organisationsformen primär auf ihre „versammlungsdemokratischen“ Traditionen und ständischen Berufsvereinigungen zurückgeführt, die auf Ortskameradschaften basierten. In diesen nach Qualifikation hierarchisch aufgebauten und relativ streng disziplinierten „Kern[en] der Belegschaftsorganisation“ als einer „gegenseitige[n] Schutz-, Erfahrungs- und Gewinngemeinschaft“ trafen sie auch Entscheidungen, artikulierten ihre Interessen durch Belegschaftsversammlungen sowie die Wahl von Delegierten mit einem imperativen Mandat und regelten den Produktionsprozess selbst. In Verbindung mit einer Umstrukturierung der Unternehmen durch eine rasche Zunahme der Zahl der Arbeiter und Betriebskonzentrationen sowie einer Technisierung und Intensivierung von Arbeitsprozessen wandelte sich die Qualifikation und soziale Homogenität der Belegschaft

70 Tenfelde, S. 221; Lucas: Radikalismus, S. 184, 280f.; Altena: Analyse, S. 29ff.; Bock: Anarchosyndikalismus, S. 312 sowie Rübner: Freiheit, S. 256.

71 Bock: Anarchosyndikalismus, S. 313f., 318; Nelles, S. 350.

72 Altena: Analyse, S. 19.

73 „Miners are a peculiarly archaic body of workers“. Eric Hobsbawm: Primitive Rebels. Studies in archaic forms of social movement in the 19th and 20th centuries, Manchester 1978, S. 5; Gesau, S. 4, 61.

in den Ruhrzechen, lösten sich gewachsene Gruppenbeziehungen zugunsten einer stärker formalisierten Revierorganisation auf der einen und vermehrter informeller Kontakte auf der anderen Seite auf.⁷⁴ Als Konsequenz wandten sich die Bergleute gegen die anonyme und ihnen unverständliche, in der Nachkriegszeit als unzureichend erachtete Entscheidungsfindung der Zentralgewerkschaften und Unternehmervereinigungen über Löhne und Arbeitsbedingungen⁷⁵ und kehrten wiederholt, so auch während der Revolution und in den Frühjahrsstreiks 1919, zu den traditionellen Formen der Interessenvertretung zurück. „Die Verwandtschaft spontaner belegschaftsverbundener Kampfformen mit syndikalistischen Aktionsmustern erklärt, dass (...) beträchtliche Teile der Ruhrbergarbeiterschaft von den herkömmlichen zu den syndikalistischen Gewerkschaften 1919 abwanderten.“⁷⁶ Dagegen wird am Beispiel der FAU/G bzw. UdHuK argumentiert, dass sich der Radikalismus der Bergarbeiter nicht aus einer Verbindung des bergbauspezifischen ständischen Traditionalismus⁷ und vorindustrieller Protestformen herleiten ließe. Unterstützung erfuhren diese „sehr modernen“ Organisationen nämlich vor allem in den nach 1890 bergbaulich entwickelten Regionen, in denen die Belegschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit aus später zugewanderten Arbeitern bestanden. Diese Arbeiter waren nicht von einer „kollektiven“ Erinnerung an vorkapitalistische Verhältnisse beeinflusst, während die Hochburgen des BAV in den zuerst erschlossenen und gewerkschaftlich organisierten Bezirken im Südosten des Ruhrgebiets zu finden waren.⁷⁷

Ein alternativer Ansatz ist die Untersuchung des Maßes an kommunaler Autonomie gegenüber dem Staat und klassenübergreifender Kontakte auf lokaler Ebene. Demzufolge fand die syndikalistische Bewegung wie in der niederländischen Stadt Vlissingen⁷⁸ fruchtbaren Boden, wenn die Bevölkerung der betreffenden Gemeinde ihre eigenen Angelegenheiten größtenteils ohne staatliche Einmischung regelte und überwiegend aus Arbeitern bestand, die auf sich selbst angewiesen waren und über den Raum verfügten, sich eine eigene intakte und abgeschirmte Welt aufzubauen. Darin entkamen sie den kulturellen Einflüssen von Seiten des Bürgertums und damit der parlamentarischen Politik, die Spannungen zwischen den Klassen subjektiv abmildern konnte. Sobald der Staat in das Leben der Arbeiter und die Arbeitsbedingungen einzugreifen begann, durch Ausweitung der (sozial)politischen Interventionen und Aufgabenbereiche die lokale Autonomie aushöhlte und die unabhängige Welt der Arbeiter zerstörte, „kam die syndikalistische Organisationsstruktur unter Druck.

74 Tenfelde, S. 200–203.

75 Sie waren u.a. mit den in Anbetracht der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen nicht genügend flexiblen Akkordsätzen unzufrieden. Rübner, S. 63 f.

76 Tenfelde, S. 221. Hans Mommsen: Soziale Kämpfe im Ruhrbergbau nach der Jahrhundertwende, in: Glück auf, Kameraden! ..., S. 249–272, hier S. 261.

77 Peterson, S. 282 ff. Gegenüber der Verortung der historischen Wurzeln in Zunfttraditionen muss generell berücksichtigt werden, „dass bestimmte Aktionsformen unter den gegebenen Umständen die logischsten sein“ und eine ganz rationale Kampfmethodik darstellen können, „ohne dass sie per se auf frühere zünftige Praktiken zurückgehen. Diese waren bisweilen schon lange verschwunden“. Altena: Analyse, S. 18.

78 Vgl. Bert Altena: Een broeinest der anarchie. Arbeiders, arbeidersbeweging en maatschappelijke ontwikkeling. Vlissingen 1875–1929 (1940), Amsterdam 1989.

Dann mussten die Leiter (...) auch eine andere Sprache als die der Arbeiter verstehen und benötigten eine Strategie für Politik, delegierte Macht und Staatsintervention.⁷⁹

Schlussfolgerungen und Forschungsperspektiven

Wie ein genauerer Blick auf das Ruhrgebiet mit seinen – trotz allgemeiner Vergleichbarkeit von Industriestruktur und Arbeitsbedingungen – lokal sehr unterschiedlichen, nachgerade konträren politischen Orientierungen und Gewerkschaftskonzeptionen zeigt, sind die bisherigen modernisierungstheoretischen bzw. sich auf die betriebliche Situation konzentrierenden Erklärungsansätze für eine Organisation bzw. Nichtorganisation der Arbeiterschaft in revolutionär-syndikalistischen Gruppen notwendig, aber nicht hinreichend. Die von zahlreichen Autoren gefundenen Faktoren haben nur in einem Teil der Fälle den erwarteten Effekt.⁸⁰

Städte mit einem bemerkenswert niedrigen Niveau gewerkschaftlicher Organisation, wie Hamborn (0,3 Prozent) und Mülheim (5,9 Prozent), wurden Zentren des Syndikalismus im Westen des Ruhrgebiets, wo nach 1918/19 unter den Bergarbeitern einerseits, den Metall- und Hüttenarbeitern andererseits kurzlebige Massenbewegungen entstanden.⁸¹ In Dortmund, wo dagegen die Freien Gewerkschaften dominierten und die Novemberrevolution in politisch gemäßigten, sozialdemokratischen Bahnen verlief, verfügte die FVdG/FAUD über eine gewisse Vorkriegstradition und konnte ihre relative Stärke von Ende 1919 mindestens 16.000, Mitte 1920 rund 20.000 Mitgliedern bei starker Konkurrenz des eher individualanarchistischen, organisationsfeindlichen Freibundes anarchistischer Gruppen Rheinland-Westfalen⁸² Anfang der 1920er Jahre auch im regionalen Vergleich – auf allerdings sehr niedrigem zahlenmäßigen Niveau – bis in die folgende Dekade hinein behaupten.⁸³ Anders stellte sich die Situation z.B. in Gelsenkirchen dar, wo die seit Ende Mai 1919 existierende Freie Vereinigung der Bergarbeiter⁸⁴ schon bald völlig im Schatten ihres unionistischen „Rivalen“ stand. Und in Essen wiederum erfolgte die Gründung einer Organisation erst im August 1919 auf Initiative des aus Mülheim zugezogenen Hermann Walter; ihr gehörten im Dezem-

79 Altena: Analyse, S. 32 f.; ders.: The State – revolutionary syndicalism – mediators from below, in: Nico Randerad (Hg.): Mediators between state and society, Hilversum 1998, S. 131–151.

80 Eric Hobsbawm: „There is nothing which says that if you have a particular social position, that God or destiny has decided that you're going to end up on the revolutionary left or on the ultraright. It depends upon the situations, and it depends on what you do to mobilize people and organize them.“ Altena: Analyse, S. 23, 25 und Tenfelde, S. 199.

81 Protokoll 12. Kongress, S. 97 ff. Klan/Nelles, S. 69. Olsen, S. 241.

82 „Bei den kurzfristig politisch mobilisierten un- und angelehrten bzw. dequalifizierten Arbeitern, die sich in großer Zahl der FVdG oder der FAUD angeschlossen hatten, ist die Neigung zu tendenziell organisationsfeindlichen Positionen des Anarchismus wahrscheinlich und nachzuweisen.“ Bock, Anarchosyndikalismus, S. 318. In Mengede wechselten mehrere führende Köpfe der Bergarbeiterorganisation über den Freibund zur NSDAP. Andreas Müller, S. 128–147.

83 Vgl. u.a. die statistischen Aufstellungen im Bundesarchiv Koblenz (Bestand R 58/321), Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem (Bestand I. HA Rep. 219, Nr. 140).

84 Der Syndikalist 1 (1918/19), Nr. 26.

ber insgesamt „nur“ 246 Metallarbeiter (in Essen, Kettwig, Borbeck) an. Die Gründung einer selbständigen Ortsgruppe der Bergarbeiterföderation in Essen-West/Frohnhausen wurde erst im September 1920 gemeldet, und drei Monate später kam es zum Übertritt der Essener FAUD-Ortsgruppe zur Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU).⁸⁵

Forschungsstrategisch müssten daher in Anknüpfung an Vergleichsstudien wie diejenigen von Lucas zu Remscheid und Hamborn sowie von Altena zu Vlissingen und Middelburg die lokalen Faktoren der Gesellschaft, d.h. die spezifische „proletarische Lebenswirklichkeit“⁸⁶ als interdependente Einheit sozialstruktureller Variablen des Alltagslebens, näher untersucht werden. Gerade der Syndikalismus als eine dezentral aufgebaute Bewegung, für deren Mitglieder die örtliche Bindung und Dimension von Bedeutung waren, verlangt nach einer entsprechenden lokalhistorischen Erklärung, die es erst ermöglichen würde, das „Gesamphänomen des Linksradikalismus stärker in seinen Wechselbeziehungen mit der Politik-, Sozial-, Kultur- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik zu sehen“.⁸⁷

Ebenfalls noch eingehender zu beleuchten wäre der tatsächliche Stellenwert exponierter Meinungsführer und deren Einfluss auf das Handeln der Akteure vor Ort.⁸⁸ So begünstigte nicht nur in vielen Fällen der Übertritt von BAV-Funktionären zu den Syndikalisten den Mitgliederaufschwung der FAUD,⁸⁹ sondern schien deren Zurückbleiben hinter der FAU/G im nördlichen Kohlenrevier ab Mitte 1920⁹⁰ auch wesentlich davon abzuhängen, dass führende syndikalistische Aktivisten wie Hermann Flieth aus Lütgendortmund und Nikolaus Holz aus Hamborn – seit April 1919 Mitglied der FVdG und Vorsitzender aller fünf Bezirke der Bergarbeiterföderation in Hamborn – „die Seiten wechselten“ und zur Gelsenkirchener Union übertraten.⁹¹

Wie die regelmäßigen Beschwerden auf lokaler Ebene über die indolenten oder indifferenten „Auch-Genossen“ zu zeigen scheinen, die immer noch ihren religiösen Traditionen verhaftet blieben und sich teilweise durch egoistische Verhaltensweisen in den Betrieben, z.B. in Form von Mehrarbeit und Überstunden, in Einzelfällen sogar durch Streikbruch und Unredlichkeit, auszeichneten, spielte die Rezeption syndikalistischer Theorien oder die postulierte „anarchistische Gesinnungsethik“ an der Basis offensichtlich eine allenfalls sekundäre und oder sogar überhaupt keine Rolle. Die Föderation der Bergarbeiter als der laut

85 Protokoll 12. Kongress, S. 31, 97ff. Hans Bötcher: Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922, S. 73 (Anmerkung 3). Der Syndikalist 2 (1920), Nr. 39, Beilage.

86 Lucas, S. 12.

87 Altena: Analyse, S. 25f.; Nelles, S. 353; Bock: Syndikalismus, S. 479. Vgl. die sozialgeschichtlichen Studien von Karin Hartewig: Das unbelehrbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914–1924, München 1993; Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994 sowie Klaus Weinbauer: Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafentarbeiter 1914–1933, Paderborn 1994.

88 Nelles, S. 349; Tenfelde, S. 199.

89 Gesau, S. 114.

90 Peterson, S. 58.

91 Gesau, S. 190 (Anmerkung 13), 205.

einer Massenumfrage die stärkste Affinität zu religiösen Vorstellungen aufweisenden Berufsgruppe blieb in dieser Hinsicht am unzuverlässigsten, da sie ebenfalls nur Bruchteile der festgelegten Unterstützungsleistungen aufbrachte.⁹² Daher wäre forschungsperspektivisch des Weiteren die ausschließliche Konzentration auf eine allzu schematische, narrativ-institutionelle Darstellung formeller Organisationen⁹³ und deren Bedeutung bloß vorschreibender Programmatik zu vermeiden. Anstelle einer bloßen Verortung der Gruppenbildung auf Grundlage der „organisationsegoistischen“ Auffassungen von Führern und Theoretikern wären vielmehr neuere kulturwissenschaftlich orientierte Forschungsansätze einzubeziehen. Ihnen zufolge lassen sich Entstehung und Kontinuität nicht per se rational handelnder sozialer Bewegungen nicht nur aus gemeinsamen ideologischen Orientierungen und einer relativ klar eingrenzbaaren gesellschaftlichen Trägerschicht herleiten, sondern es bedarf zur Durchsetzung sozialer Kohäsion auch wesentlich der Etablierung und regelmäßigen Neubestätigung einer kollektiven, im öffentlichen Raum (medial) konstruierten und vermittelten Identität durch Bedeutung erst zuschreibende symbolische Kommunikation und kulturelle Identifikation.⁹⁴ Konkret wäre diese von den Historikern des Syndikalismus bislang weitgehend ignorierte Thematik⁹⁵ etwa anhand gesellschaftlicher und individueller Inklusions- und Exklusionsprozesse⁹⁶ gegenüber anderen, explizit antagonistischen, aber auch ideologisch teilweise affinen politischen und sozialen Kräften – wie der linkskommunistischen und unionistischen Bewegung – sowie der Entwicklung spezifischer kultureller Codes zu analysieren. In diesem Zusammenhang wäre ebenfalls besonderes Augenmerk auf den genderbasierten, noch wenig problematisierten Charakter des Syndikalismus als einer – wie im Falle schwedischer Bergarbeiter – virilen, durch Begriffe männlicher Unabhängigkeit charakterisierten Bewegung⁹⁷ zu richten sowie die Rolle körperlicher Gewalt und verbaler Aggression als einer „rituelle[n] Probe, bei der man seine Männlichkeit beweisen kann“,⁹⁸ zu untersuchen.

92 Rübner, S. 87, 160 f.

93 Van der Linden: Neue Überlegungen zum revolutionären Syndikalismus, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (2001), S. 141–158, hier S. 144.

94 Vgl. Anthony P. Cohen: *The Symbolic Construction of Community*, Chichester 1985; Don Handelman: *Models and Mirrors. Towards an Anthropology of Public Events*, Cambridge 1990. Charles S. Maier (Hg.): *Changing boundaries of the political. Essays in the evolving balance between the state and society, public and private in Europe*, Cambridge 1987; Alberto Melucci: *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*, London 1989.

95 Van der Linden: Überlegungen, S. 150.

96 Vgl. Detlef Lehnert: Propaganda des Bürgerkriegs? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: ders./Megerle, S. 61–101.

97 Van der Linden: Überlegungen, S. 150 f. Vgl. Francis Shor: *Masculine Power and Virile Syndicalism. A Gendered Analysis of the IWW in Australia*, in: *Labour History* 63 (1992), S. 83–99; Eva Blomberg: *Män i mörker. Arbetsgivare, reformister och syndikalister. Politik och identitet i svensk gruvindustri 1910–1940*, Stockholm 1995.

98 Shor: *Power*, S. 93; Van der Linden: Überlegungen, S. 152.